

2 Die praktischen Grundlagen

In diesem Kapitel möchte ich das Themengebiet darstellen und einordnen. Dazu definiere ich zuerst EU-Verteidigungspolitik und -kooperation und stelle die eine Hälfte meiner interdisziplinären Arbeit vor, die politische Dimension der EU-Verteidigung. Zunächst werfe ich dazu einen Blick zurück auf die bisherigen historischen Entwicklungen seit 1945, bevor ich mich der aktuellen Situation, den Erfolgen und Problemen sowie den möglichen weiteren Schritten widme. Im zweiten Teil betrachte ich die wirtschaftliche Dimension der europäischen Verteidigungspolitik, das heißt den Rüstungsmarkt und die -industrie. Damit bilde ich die zweite Hälfte meiner interdisziplinären Dissertation ab. Im dritten und vierten Teil dieses Kapitels gehe ich kurz auf zwei prominente und relativ neue Kooperationsinitiativen ein: „Pooling und Sharing“ in der EU und „Smart Defence“ in der NATO.

Politik und Wirtschaft sind in der Verteidigung eng verwoben, eine Trennung ist nicht immer möglich. Für meine interdisziplinäre Dissertation sind die Gegenüberstellung und der Vergleich jedoch wichtig, weil ich diesem Aufbau im weiteren Verlauf meiner Dissertation folge, zum Beispiel in den beiden Fallstudien in Kapitel 5 und 6, in denen ich nach Effektivität (politische/militärische Perspektive) und Effizienz (wirtschaftliche Perspektive) unterscheide.

2.1 Die politische Dimension

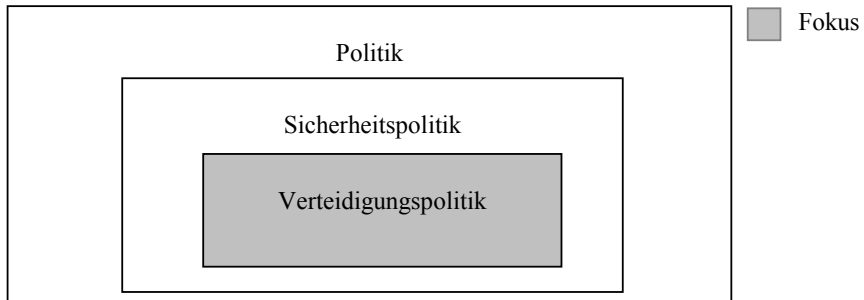
Unter „Verteidigungspolitik“ verstehe ich alle politischen Aktivitäten eines souveränen Staates, die zum militärischen Schutz seiner äußeren Sicherheit beitragen. EU-Verteidigungspolitik wiederum umfasst alle Aktivitäten, die eine stärkere Koordination und Kooperation der EU-Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik zum Ziel haben.⁹⁷ Die Grundlagen der europäischen Verteidigungspolitik sind in Grundsatzpapieren der nationalen Regierungen, des Europäischen Rates und der EU-Kommission festgelegt.

Verteidigungspolitik ist ein Teil der Sicherheitspolitik eines souveränen Landes (siehe nächste Abbildung). Sicherheitspolitik wiederum befasst sich mit

97 Vgl. auch TNO (2009), S. 32; vgl. Interview Nr. 8.

der gesamten Sicherheit eines Staates, das heißt, sie ist nicht nur auf „äußere Sicherheit“ und „militärische Aktivitäten“ beschränkt. Sie ist damit ein Teil der Politik eines souveränen Staates. Deutschland legt seine Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum Beispiel in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) fest.⁹⁸ Dort schreibt das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg), die VPR „formulieren die sicherheitspolitischen Zielsetzungen und die sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland. Sie gründen auf einer Beurteilung der gegenwärtigen Lage, beziehen gegenwärtige und künftig wahrscheinliche Entwicklungen ein“.⁹⁹ Die VPR bilden damit die konzeptionelle Grundlage für die Aufstellung und Ausrichtung der Bundeswehr. Andere Staaten veröffentlichen ähnliche Dokumente, um ihre Verteidigungspolitik darzulegen.

Abbildung 4: Verteidigungspolitik ist ein Teil der Sicherheitspolitik eines Staates¹⁰⁰



In der EU gibt es für Verteidigungspolitik seit dem Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 einen eigenen politischen Rahmen: die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Die GSVP ist jedoch „nur“ ein Untergebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, welche seit dem Vertrag von Maastricht von 1992 existiert. Alleine der Fakt, dass die Verteidigungspolitik „nur“ ein Teil der Außenpolitik der EU ist, zeigt deren (geringe) Bedeutung im EU-Rahmen. Zusammen bilden GASP und GSVP einen Teil der Multidimensionalität der EU-Präsenz in den internationalen Beziehungen ab (siehe nächste Abbildung).¹⁰¹

⁹⁸ Vgl. Bundesministerium der Verteidigung (2011a).

⁹⁹ Bundesministerium der Verteidigung (2011a), S. 1.

¹⁰⁰ Eigene Darstellung.

¹⁰¹ Vgl. Allen/Smith (1990), S. 21; vgl. auch Jopp/Schlotter (2007). Zur Multidimensionalität gehören zum Beispiel auch internationale Wirtschafts- und Forschungsbeziehungen.

Abbildung 5: Die GSVP ist Teil der GASP in der EU-Politik¹⁰²

Unter „Verteidigungskooperation“ verstehe ich das gemeinsame Handeln von souveränen Akteuren im militärischen Verteidigungssektor. Im Zentrum meiner Analyse stehen die souveränen Nationalstaaten, nicht supranationale Organisationen wie die EU oder die NATO. Die EU und NATO spielen als Kooperationsrahmen und „Moderator“ trotzdem eine wichtige Rolle. Supranationale Organisationen wie auch Unternehmen sind damit Teil der Lösung und des Problems. Sie dürfen bei einer gesamtheitlichen Betrachtung nicht fehlen. In meinen Analysen zu wirtschaftlichen Auswirkungen von Verteidigungskooperationen betrachte ich jedoch ausschließlich Kooperationen von Staaten. Der Grund hierfür ist, dass die Nationalstaaten (noch) die entscheidenden Akteure im Verteidigungssektor sind. Die EU oder NATO können Bemühungen und Dialoge moderieren, entscheiden können sie jedoch nicht.¹⁰³ Ebenso fokussiere ich mich nicht auf (private oder staatliche) Rüstungsunternehmen, die Kooperationen mit Staaten oder anderen Firmen eingehen können. Rüstungsfirmen sind meistens eng mit der Politik verbunden und von dieser zum größten Teil abhängig. Entscheiden können auch sie nicht.

Verteidigungskooperation ist kein neues Phänomen, da es schon immer Kooperationen in kriegerischen Auseinandersetzungen gegeben hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg, dem letzten Krieg, der weite Teile des europäischen Kontinents erfasste, begannen schnell Bemühungen, in Verteidigungsfragen zu kooperieren, um zukünftige Konflikte möglichst zu verhindern. Die wichtigste neuere Kooperation ist wohl die North Atlantic Treaty Organization (NATO), in der nun 28 Mitgliedstaaten in der Verteidigungspolitik kooperieren.¹⁰⁴ In meiner Disser-

¹⁰² Eigene Darstellung in Anlehnung an Algieri (2010), S. 52; vgl. auch Bundesministerium der Verteidigung (2006), S. 4.

¹⁰³ Vgl. Busse (2011c), S. 10.

¹⁰⁴ Dazu gehören seit 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Vereinigtes Königreich und die USA; seit 1952 Griechen-

tation betrachte ich ausschließlich Verteidigungskooperationen seit 1945, besonders jedoch die Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte seit dem Ende des Kalten Krieges.

Geografisch fokussiere ich mich auf Verteidigungskooperationen zwischen EU-Ländern. Kooperationen zwischen Staaten in anderen Weltregionen sind nicht Teil meiner Analyse. Nichtsdestotrotz sollten die Ergebnisse auch auf andere Regionen übertragbar sein.

Im nächsten Abschnitt stelle ich die historischen Entwicklungen der Verteidigungskooperation in Westeuropa vor („Gestern“), bevor ich mich den aktuellen Erfolgen und Problemen („Heute“) und möglichen zukünftigen Entwicklungen widme („Morgen“).

2.1.1 Gestern – die Entwicklung der EU-Verteidigungspolitik seit 1945

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist der erste große Schritt in der Verteidigungskooperation Westeuropas die Gründung der NATO im April 1949. Die NATO ist eine transatlantische Verteidigungsorganisation mit zwei Mitgliedern aus Nordamerika (USA und Kanada) und 26 Mitgliedstaaten in Europa (Stand 2013). Der Beginn einer (rein) europäischen Verteidigungskooperation wird deshalb häufig mit dem Jahr 1954 in Verbindung gebracht.¹⁰⁵ Damals scheiterte die Ratifizierung des Vertrages zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der Pariser Nationalversammlung. Grundlage für diesen Vertrag war ein Plan des französischen Ministerpräsidenten René Pleven (der sog. „Pleven-Plan“) vom 24. Oktober 1950. Darin schlug Pleven die Schaffung einer europäischen Armee unter dem Kommando eines europäischen Verteidigungsministers vor.¹⁰⁶ Das Konzept war von Anfang an umstritten und ließ viele Fragen offen. Frankreich verfolgte damals zwei Ziele, den Schutz vor der Sowjetunion und den Schutz vor einem neuen deutschen Militär, welches insbesondere die USA forderten.¹⁰⁷ Am 27. Mai 1952 wurde der EVG-Vertrag in Paris von Frankreich, Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten unterzeichnet. Ein europäischer Verteidigungsminister kam darin nicht mehr vor, stattdessen sollte ein Kommissariat gemeinsam Entscheidungen treffen. Dieses Gremium bekam allerdings deutlich weniger Kompetenzen als ursprünglich vorgesehen. Stattdessen sollte das eigentliche

land und die Türkei; seit 1955 Deutschland; seit 1982 Spanien; seit 1999 Polen, Tschechien und Ungarn; seit 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien sowie seit 2009 Albanien und Kroatien.

105 Vgl. Taylor (1984), S. 3.

106 Vgl. Weidenfeld/Wessels (2011), S. 14.

107 Vgl. Höfer (2008), S. 10–11.

Machtzentrum beim Ministerrat liegen, der jedoch einstimmig Entscheidungen treffen musste.¹⁰⁸ Damit wurde aus dem supranationalen Entwurf Plevens letztlich doch ein intergouvernementaler Vertrag, der in seiner Struktur dem EGKS-Vertrag ähnelte.¹⁰⁹

1954 scheiterte der Vertrag aus mehreren Gründen: Erstens wollte Großbritannien nicht teilnehmen, was insbesondere in Frankreich die Sorge wachsen ließ, von Deutschland dominiert zu werden. Zweitens sank die perzipierte Gefahr eines sowjetischen Angriffs nach dem Ende des Koreakrieges und dem Tod Stalins. Drittens wurden die Gegner der EVG in der französischen Nationalversammlung, die Gaullisten und Kommunisten, stärker. Die Ablehnung am 30. August 1954 war daher keine Überraschung.¹¹⁰ Als Reaktion einigten sich die Länder stattdessen am 23. Oktober 1954 auf die Gründung der Westeuropäischen Union (WEU), die auf den Brüsseler Pakt von 1948 zurückging.¹¹¹ Die WEU beinhaltete eine Beistandsklausel gegen Angriffe von Dritten. Eine wirkliche Bedeutung hat die WEU nie bekommen, da sie über keine nennenswert kompetenten Organe verfügte. Sie erlaubte jedoch den Beitritt Deutschlands zur NATO und berücksichtigte französische Sorgen gegenüber Deutschland. Bis zu ihrer Auflösung im Juni 2011 führte die WEU im Gegensatz zur NATO ein Schatten-dasein.¹¹²

Lange dauerte es nach dem Scheitern der EVG, bis der nächste Versuch einer signifikanten eigenständigen europäischen Verteidigung gewagt wurde.¹¹³ 1961 legte die französische Regierung den sogenannten „Fouchet-Plan“ vor, der ein intergouvernementales System zur Stärkung der politischen Union in Europa vorschlug. Bereits 1962 wurden die Beratungen dazu wieder eingestellt, weil sich supranationale und intergouvernementale Ideen der beteiligten Länder nicht miteinander in Übereinstimmung bringen ließen (siehe auch Kapitel 3.2).¹¹⁴ Es dauerte schließlich bis zur Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte 1986, bis weitere nennenswerte Fortschritte erzielt wurden. Darin wurde zum ersten Mal die Europäische Politische Zusammenarbeit und damit auch die Au-

108 Vgl. Bundesgesetzblatt (1952); vgl. Höfer (2008), S. 10–11.

109 Vgl. Weidenfeld/Wessels (2011), S. 14. Der EGKS-Vertrag war der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl.

110 Vgl. Taylor (1984), S. 16; vgl. Höfer (2008), S. 12.

111 Vgl. Taylor (1984), S. 15; vgl. Höfer (2008), S. 14–18. Der „Brüsseler Pakt“ wurde am 17. März 1948 von Frankreich, Großbritannien und den Benelux-Staaten unterzeichnet. Er beinhaltete – neben wirtschaftlichen und sozialen Punkten – eine kollektive Verteidigungsklausel und sollte vor allem gegen einen neuen deutschen Angriff gerichtet sein. Der Brüsseler Pakt war damit der Vorläufer der WEU.

112 Vgl. Westeuropäische Union (2010); vgl. Höfer (2008), S. 18–19, 30.

113 Vgl. European Union Institute for Security Studies (2004), S. 37. Für einige Autoren ist es bis zum Ende des Kalten Krieges praktisch ein Tabu geblieben ist. Vgl. Liberti (2011), S. 7.

114 Vgl. Höfer (2008), S. 22–24.

ßen- und Sicherheitspolitik Teil der Verträge. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte wurde die Grundlage für den Vertrag von Maastricht und die Gründung der Europäischen Union (EU) gelegt. Im Vertrag von Maastricht, der im November 1993 in Kraft trat, wurde das Drei-Säulen-Konzept eingeführt, in dem die GASP als zweite Säule festgeschrieben wurde. Von Beginn an wurde die GASP auf intergouvernementaler Basis geplant. Beschlüsse sind daher immer nur einstimmig – mit der Zustimmung aller Mitgliedstaaten – möglich.¹¹⁵ Parallel dazu fanden in der WEU Beratungen zur Rolle und den Aufgaben der WEU statt. Im Ergebnis wurden die „Petersberger Aufgaben“ im Juni 1992 beschlossen. Diese umfassen vier definierte Aufgaben für einen gemeinsamen WEU-Einsatz: „humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze; friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschließlich friedensschaffender Maßnahmen.“¹¹⁶ Um diese Aufgaben erfüllen zu können, benötigte die WEU Truppenverbände. In der Folge wurden deshalb mehrere europäische Kommandostäbe auf Korps-, Divisions- und Brigadeebene gegründet (zum Beispiel die Deutsch-Französische Brigade 1989, das Eurokorps 1993 oder das I. Deutsch-Niederländische Korps 1995, siehe Kapitel 6). Obwohl diese Verbände aufgestellt wurden, verfügte die WEU über keine eigenen militärischen Einheiten. Die Einheiten blieben weiterhin unter dem Kommando des jeweiligen Mitgliedstaates.¹¹⁷

In den 1990er Jahren spielte die GASP verteidigungspolitisch keine Rolle, was insbesondere in den Balkankriegen große Kritik hervorrief. Mit dem Vertrag von Amsterdam von 1997 sollte dies geändert werden.¹¹⁸ Darin wurde die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der EU gegründet und die Petersberg-Aufgaben von der WEU auf die EU übertragen.¹¹⁹ Unklar blieb jedoch, welche Aufgaben die EU und welche die NATO erfüllen sollten. Viele Beobachter wollten der EU nur „leichte“ militärische Operationen zuteilen, während „schwere“ militärische Aufgaben weiterhin der NATO vorbehalten bleiben sollten.¹²⁰ Eine weitere wichtige Entscheidung war „die Schaffung des Amtes des Hohen Vertreters für die GASP“, um mehr Kontinuität in der Außenpolitik zu ermöglichen und der EU-Außenpolitik ein „Gesicht“ zu geben.¹²¹

Die Geburtsstunde der ESVP war beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999, wo der Aufbau von eigenständigen europäischen Mitteln „zur Stärkung der

115 Vgl. Höfer (2008), S. 34.

116 Höfer (2008), S. 36; vgl. Westeuropäische Union (1992), S. 6–8.

117 Vgl. Höfer (2008), S. 36, 38.

118 Vgl. Höfer (2008), S. 38–40; vgl. Haine (2004), S. 38–43.

119 Vgl. Heise (2009), S. 7.

120 Vgl. Rühl (2012), S. 8.

121 Höfer (2008), S. 40–41; vgl. Weidenfeld/Wessels (2011), S. 31.

GSVP“ beschlossen wurde.¹²² Voraussetzung dafür war die britisch-französische Annäherung 1998 in St. Malo gewesen, in der Großbritannien erstmals seine Bereitschaft erklärte, eigenständige europäische militärische Strukturen aufzubauen.¹²³ Danach beschleunigte sich die Entwicklung in der EU-Verteidigungspolitik. Nach der Gründung der ESVP und dem Beschluss, eigene militärische EU-Fähigkeiten aufzubauen, rückte das Verhältnis der EU und der NATO in den Fokus. Die USA formulierten die seitdem gültigen 3 D's: „No duplication [keine Duplizierung von Aufgaben und Fähigkeiten, die die NATO bereits erledigt bzw. vorhält], no discrimination [keine Diskriminierung von europäischen NATO-Mitgliedern, die nicht Mitglieder der EU sind, zum Beispiel die Türkei] and no decoupling [keine Abkoppelung von der NATO]“.¹²⁴

Im Dezember 1999 wurde beim nächsten Europäischen Rat in Helsinki das erste militärische Ziel beschlossen: das Helsinki Headline Goal. Dazu sollten die Mitgliedstaaten bis 2003 in der Lage sein, Streitkräfte im Umfang von rund 60.000 Soldaten für gemeinsame Einsätze im Rahmen der Petersberg-Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Diese Streitkräfte sollten innerhalb von 60 Tagen in den Einsatz verlegt und ein Jahr dort eingesetzt werden können.¹²⁵ Obwohl der Europäische Rat noch am 20. November 2001 die Existenz eines Ressourcenpools von mehr als 100.000 Soldaten, 400 Kampfflugzeugen und 100 Schiffen bekräftigte, wurde dieses Ziel nicht erreicht.¹²⁶ Zugleich wurde der Aufbau von vier wichtigen Institutionen beschlossen, die noch heute die Gestalt der GSVP maßgeblich prägen: das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), das EU-Militärkomitee, der EU-Militärstab sowie die Europäische Verteidigungsagentur (EDA). Das PSK ist das Entscheidungsgremium der GSVP, in dem die Botschafter der Mitgliedstaaten sitzen und Beschlüsse der Minister vorbereiten.¹²⁷ In seiner Arbeit wird das PSK vom rund 150 Soldaten starken EU-Militärstab unterstützt, welcher der Hohen Vertreterin, zurzeit Lady Ashton, untersteht. Der EU-Militärstab arbeitet auch dem EU-Militärkomitee zu, in dem die Generalstabs- bzw. Armeechefs der EU-Mitgliedstaaten sitzen. Das EU-

122 Europäischer Rat (1999a); vgl. Höfer (2008), S. 44–47; vgl. Heise (2009), S. 5.

123 Vgl. European Union Institute for Security Studies (1998); vgl. Grevi et al. (2009), S. 13; vgl. Haine (2004), S. 42–46; vgl. Liberti (2011), S. 9; vgl. Interview Nr. 16; vgl. Regelsberger (2011), S. 237. Elfriede Regelsberger spricht von der „Kehrtwende der britischen Politik“.

124 Höfer (2008), S. 45; vgl. Albright (1998) in European Union Institute for Security Studies (2001), S. 10.

125 Vgl. Europäischer Rat (1999b), S. 5; vgl. Grevi/Keohane (2009), S. 72; vgl. Höfer (2008), S. 101–107; vgl. Major/Mölling (2010), S. 9; vgl. Robinson (2002).

126 Vgl. Klingen (2011), S. 109; vgl. Höfer (2008), S. 47; vgl. Europäischer Rat (2001), S. 2.

127 Vgl. Höfer (2008), S. 48–49; vgl. Klingen (2011), S. 108; vgl. Heise (2009), S. 9.

Militärkomitee ist das höchste militärische Gremium der EU und berät das PSK in allen militärischen Fragen.¹²⁸

Beim Vertrag von Nizza in 2001 gab es nur geringfügige Änderungen bezüglich der GSVP. Erstmals wurde dort eine weitergehende Zusammenarbeit einzelner Mitgliedstaaten erlaubt, ein Vorläufer der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ).¹²⁹ Im Dezember 2003 beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) und definierten so erstmals eine EU-Sicherheitspolitik.¹³⁰ Ziel der ESS war es, „ein weiteres Auseinanderdriften der EU-Länder seit der Irakkrise 2003 zu verhindern“. ¹³¹ Beim folgenden Europäischen Rat im Mai 2004 wurde das Headline Goal 2010 beschlossen, in dem neue und schnelle(re) EU-Eingreifverbände geplant wurden: die EU Battlegroups (EU BG). Diese sollten bis 2007 aufgestellt werden und dann zwei Einsatzverbände mit je 1.500 Soldaten umfassen, die bis zu vier Monate einsetzbar sein sollten.¹³² Die EU BG werden von einer oder mehreren Nationen zusammengestellt. Hauptziel ist es, eine interoperable und militärisch effektive Eingreiftruppe aufzustellen, die binnen kurzer Zeit einsatzbereit ist.¹³³ Die Bilanz der EU BG fällt gemischt aus. Militärisch sind die EU BG ein Erfolg, weil sie insbesondere die militärische Transformation in vielen Mitgliedstaaten beschleunigt und die Interoperabilität erhöht haben. Sollte in Zukunft das Ziel einer Europa-Armee verfolgt werden, dann sehen viele Kommentatoren die EU BG als möglichen Nukleus.¹³⁴ Negativ ist, dass viele wichtige Modernisierungsmaßnahmen nur schleppend vorangekommen sind. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass die EU BG seit Aufstellung kein einziges Mal eingesetzt wurden, weil dafür stets ein einstimmiges Votum benötigt wird.¹³⁵ Gelegenheiten für einen Einsatz hätte es gegeben, zum Beispiel im Rahmen des Kongo-Einsatzes in 2006, des Libyen-Einsatzes in 2011 oder beim Mali-Einsatz in 2013.¹³⁶ Es fehlt jedoch der politische Wille, ein Merkmal, das in der EU-Verteidigungspolitik eine wichtige Rolle spielt (siehe auch Kapitel 2.1.2 und 4.1.2). Die Gründe für den fehlenden politischen Willen sind vielfältig, liegen

128 Vgl. Grevi (2009), S. 31–34, 40–46; vgl. Heise (2009), S. 9–10.

129 Vgl. Klingen (2011), S. 108; vgl. Höfer (2008), S. 50–51.

130 Vgl. Europäischer Rat (2003).

131 Regelsberger (2011), S. 237.

132 Vgl. Europäischer Rat (2004), S. 2–3, 6, 8; vgl. Klingen (2011), S. 109; vgl. Heise (2009), S. 17–19.

133 Vgl. Europäischer Rat (2013b), S. 2; vgl. Europäisches Parlament (2006); vgl. Lindstrom (2007), S. 15–16.

134 Vgl. Major/Mölling (2010), S. 27–28.

135 Vgl. Major/Mölling (2010), S. 6, 22; vgl. Lezzi (2012), S. 2–3; vgl. Barcikowska (2013b), S. 2.

136 Vgl. Barcikowska (2013b), S. 4.

jedoch vor allem an unterschiedlichen nationalen Interessen und strategischen Zielen.

Am 12. Juli 2004 wurde die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) in Brüssel – durch den Ratsbeschluss 2004/551/CFSP – mit dem Ziel gegründet, die Integration und Harmonisierung im EU-Rüstungssektor voranzutreiben.¹³⁷ Dabei soll die EDA die Rüstungsforschung und Beschaffung zwischen den Mitgliedstaaten koordinieren damit Synergien und Kosteneinsparungen realisiert werden können.¹³⁸ Bereits 30 Jahre vorher wurde die Gründung einer Europäischen Rüstungs- und Beschaffungsagentur im Greenwood-Bericht gefordert.¹³⁹ Viele Hoffnungen wurden mit der Gründung der EDA verbunden, vor allem, mehr gemeinsame Verteidigungskooperationen zu generieren.¹⁴⁰ Obwohl die EDA einige Erfolge erzielt hat und die öffentliche Debatte zu Pooling und Sharing unterstützt, konnte sie bisher ihr Potenzial nicht ausschöpfen, weil sie von den Mitgliedstaaten als intergouvernementale Organisation unter dem Europäischen Rat „nur“ eine reine Koordinationsrolle bekommen hat.¹⁴¹ Zurzeit betreut die EDA eine Vielzahl an Kooperationsprojekten, zum Beispiel die Aufstellung von gemeinsamen Feldlazaretten oder das Helikopter-Trainings-Programm. Ziel der Helikopter-Übungen ist es, mehr Helikopterpiloten für Auslandseinsätze auszubilden. In 2009 konnten von über 1.700 europäischen Helikoptern nur 6 % bis 7 % in Auslandsmissionen eingesetzt werden, obwohl die Einsatzkräfte dringenden Bedarf an Helikoptern meldeten.¹⁴² Bei Engpässen wie diesen wird die EDA aktiv, um als Moderator den Fähigkeitsaufbau der EU-Staaten zu unterstützen.

Nach langen Verhandlungen wurde am 13. Dezember 2007 der Vertrag von Lissabon unterzeichnet. Dies ist der letzte EU-Vertrag, der viele vorherige separate Verträge nun in zwei Verträgen (EUV/AEUV) bündelt und das Drei-Säulen-Modell der EU ablöst. Die heutige Struktur der GSVP ist in den Paragraphen §

137 Alle EU-Staaten (außer Dänemark) sind Mitglieder der EDA. Darüber hinaus hat die EDA Vereinbarungen zur Zusammenarbeit mit Norwegen und der Schweiz abgeschlossen. Vgl. European Defence Agency (2013f), S. 20. Für eine gute Übersicht über den Aufbau der EDA vgl. European Defence Agency (2010), S. 9–16.

138 Vgl. Grevi/Keohane (2009), S. 83–85; vgl. Klingen (2011), S. 109; vgl. Höfer (2008), S. 62; vgl. Europäischer Rat (2011b), S. 1; vgl. Slijper (2009).

139 Vgl. Klepsch (1979), S. 30; vgl. Sandler/Hartley (1995), S. 226–227; vgl. Taylor (1984), S. 25.

140 Vgl. Interview Nr. 10; vgl. Mölling/Brune (2011), S. 25; vgl. Grevi/Keohane (2009), S. 84.

141 Vgl. Mölling/Brune (2011), S. 25; vgl. Heise (2009), S. 21–22; vgl. Europäische Kommission (2013b), S. 2; vgl. Slijper (2009); vgl. Arnould (2013), S. 11.

142 Vgl. Weis (2009), S. 2; vgl. European Defence Agency (2012b), S. 1; (2013f), S. 7–19; vgl. McKinsey & Company (2013), S. 13: Von 80 deutschen CH-53 Helikoptern wurden 2012 nur rund zehn in Afghanistan eingesetzt, obwohl Hubschrauber seit Jahren ein Engpass sind.

42–46 EUV geregelt.¹⁴³ Darin enthalten ist eine völkerrechtliche Beistandspflicht, die jedoch den Einsatz der Streitkräfte den einzelnen Ländern überlässt und besonders für die vier neutralen EU-Staaten (Schweden, Finnland, Österreich und Irland) Interpretationsspielräume offen hält.¹⁴⁴ Im § 42 (7) heißt es:

„Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung, im Einklang mit Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Dies lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten unberührt.“

Ebenso wird die Rolle der NATO, „die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung (...) ist“, anerkannt und hervorgehoben.¹⁴⁵ Wesentliche Änderungen sind im Vertrag von Lissabon für die GSVP nicht enthalten. Das Prinzip der Einstimmigkeit, der Intergouvernementalismus, bleibt fest verankert.¹⁴⁶ Deshalb spielen auch die supranationalen Elemente, vor allem die EU-Kommission und das Europäische Parlament, weiterhin nur eine untergeordnete Rolle in der GSVP.¹⁴⁷ Das Amt des „Hohen Vertreters für die GASP“ wurde umbenannt in „Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“.¹⁴⁸ Die einzige wesentliche Neuerung im Vertrag ist die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (SSZ) im Rahmen der GSVP.¹⁴⁹ Durch dieses neue Instrument kann eine Gruppe von Mitgliedstaaten (ohne die anderen Mitglieder) weitergehende Integrationsschritte beschließen und umsetzen. Für diesen Fall gibt es Ausnahmen beim Prinzip der Einstimmigkeit. Theoretisch könnte sich daraus eine GSVP der unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickeln.¹⁵⁰ Praktisch ist das Instrument SSZ noch nicht angewendet worden. Selbst bei der Frage der Aufstellung eines EU-eigenen militärischen Hauptquartiers wurde darauf – nach massivem britischen Widerstand – verzichtet.¹⁵¹ Die grund-

143 Vgl. Europäische Union (2010a). Die zwei Verträge sind der „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) und der „Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ (AEUV). Vgl. Wessels/Bopp (2008), S. 9.

144 Vgl. Interview Nr. 33; vgl. Mölling/Brune (2011), S. 31; vgl. Regelsberger (2011), S. 240; vgl. Kastler (2009), S. 83–85; vgl. Europäische Union (2010a), S. 39.

145 Europäische Union (2010a), S. 39; vgl. Klingen (2011), S. 105.

146 Vgl. Mölling/Brune (2011), S. 31.

147 Vgl. Klingen (2011), S. 117; vgl. Thym (2005), S. 2.

148 Vgl. Europäische Union (2010a); vgl. Wessels/Bopp (2008), S. 19–23; vgl. Weidenfeld/Wessels (2011), S. 43. Zwischen 1999 und 2009 füllte der Spanier Javier Solana das Amt aus. Seine Nachfolgerin ist die Britin Catherine Ashton.

149 Vgl. Mölling (2010), S. 1; vgl. Europäische Union (2010a), S. 40–41; vgl. Biscop (2008), S. 5–6. Die Details zu SSZ sind im EUV § 46 geregelt.

150 Vgl. Mölling (2010), S. 1–2.

151 Vgl. Interview Nr. 33.

Effizienz und Effektivität durch
Verteidigungskooperation
Auswirkungen innerhalb der Europäischen Union
Gallhöfer, P.
2014, XX, 430 S. 141 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-06358-0